

Reichensteuer soll's richten

Linke und Piraten im Rat der Stadt fordern, dass Laatzen bundesweitem Bündnis beitrifft

VON JOHANNES DORNDORF

LAATZEN. Angesichts des desolaten Zustands der städtischen Finanzen will die Gruppe Linke und Piraten im Laatzen Rat (GLuP) an den Einnahmen schrauben – und zwar auf Bundesebene: Die Gruppe hat jetzt beantragt, dass die Stadt Laatzen dem Bündnis UmFAIRteilen beitrifft. Die Initiative setzt sich für eine höhere Besteuerung von Vermögen ein.

Eigentlich wollte die GLuP be-

reits am vergangenen Donnerstag einen entsprechenden Ratsbeschluss durchsetzen. Der Antrag wurde jedoch zurückgestellt: Andere Fraktionen hätten noch Beratungsbedarf angemeldet, berichtete Linken-Ratsfrau Nicole Hendrych am Rande der Sitzung.

Zu den Forderungen des Bündnisses zählt die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, eine einmalige Vermögensabgabe sowie eine Steuer auf Finanzmarktgeschäfte. Außerdem müsse Steuer-

flucht konsequent bekämpft werden.

Direkten Einfluss auf die Forderungen hat Laatzen unterdessen nicht – die geforderte Besteuerung ist Bundes- und Landesaufgabe. Bürgermeister Thomas Prinz hatte jedoch unlängst bei der Einbringung des Haushalts darauf hingewiesen, dass die Stadt selbst bei Streichung sämtlicher freiwilliger Leistungen nicht aus eigener Kraft aus den roten Zahlen komme.

Linke und Piraten sehen durch-

aus Chancen, dass sich Laatzen als Kommune dem Bündnis anschließt und andere Fraktionen dem Antrag zustimmen: „Wir sind in Niedersachsen nicht allein. Auch die Stadt Göttingen ist schon per Ratsbeschluss dem Bündnis im September beigetreten“, sagt Hendrych. Und auch in der direkten Nachbarschaft tut sich etwas: Zu den Unterstützern in Hannover zählen SPD, Grüne, Linke und Piraten sowie mehrere Wohlfahrtsverbände.

Fenster schließen

Ausschnitt drucken